



Brief aus Straßburg

Dr. Renate Sommer

Europaabgeordnete für das Ruhrgebiet

Nr. 76 / Januar 2009

Liebe Leserin, lieber Leser,

wegen technischer Probleme erreicht Sie dieser Infobrief mit einiger Verspätung – ich bitte um Verständnis und Nachsicht!

In unserer Januar-Plenartagung stellte die neue tschechische Ratspräsidentschaft ihr Arbeitsprogramm für das kommende Halbjahr vor. Das Europäische Parlament stimmte u.a. über die neue EU-Gesetzgebung für Pflanzenschutzmittel, den Zugang zu EU-Dokumenten und die Erfassung biometrischer Daten in Reisepässen ab und diskutierte ausgiebig über innerstädtische Mobilität. Außerdem feierten wir den zehnten Geburtstag des Euro: Am 1. Januar 1999 war die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion in Kraft getreten, mit der die Wechselkurse der Eurozonen-Länder festgeschrieben wurden. Der Euro wurde damit bereits gesetzliche Buchungswährung, bevor er dann am 1. Januar 2002 als allgemeines Zahlungsmittel eingeführt wurde. Hohe Gäste in unserer feierlichen "Euro-Sitzung" waren der Präsident der Europäischen Zentralbank, Jean-Claude Trichet, der derzeitige Vorsitzende der Eurogruppe, Jean-Claude Juncker, und Valerie Giscard-Estaing.

Neue Ratspräsidentschaft

Am 1. Januar 2009 übernahm mit Tschechien zum zweiten Mal einer der 2004 beigetretenen neuen Mitgliedstaaten die EU-Ratspräsidentschaft. Der tschechische Pre-

mierminister Mirek Topolánek stellte sein Programm unter das Motto "Ein Europa ohne Schranken". Zu den Prioritäten gehören die drängenden Themen Wirtschaft, Energie und Europas Rolle in der Welt.

Pflanzenschutzmittel

Ohne Pflanzenschutzmittel könnten wir niemals genug Lebensmittel erzeugen. Obwohl diese Mittel also in gewisser Weise ein Segen sind, haben sie einen schlechten Ruf: Immer wieder gibt es Meldungen über Rückstände in Obst und Gemüse. Dies betrifft allerdings meist Produkte, die aus Drittstaaten eingeführt wurden. In der EU gehen wir nämlich schon lange sehr verantwortungsvoll mit Pflanzenschutzmitteln um. Jedes Mittel muss regelmäßig neu zugelassen werden und wird daher immer wieder nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen auf seine Unbedenklichkeit hin geprüft. Allerdings gibt es bislang das Problem, dass die Zulassungen in den Mitgliedstaaten unterschiedlich sind. So haben manche EU-Staaten Mittel zur Verfügung, die in anderen nicht mehr zulässig sind, und das ist natürlich mit einem gemeinsamen Binnenmarkt nicht vereinbar.

Nach langwierigen und äußerst schwierigen Verhandlungen einigte sich das EP daher in Zweiter Lesung auf ein neues Gesetzespaket zur einheitlichen Zulassung von Pflanzenschutzmitteln in der EU und zu deren nachhaltigem Einsatz. Einige Wirkstoffe, die in

Reinform, also unverdünnt, krebserregend oder erbgutverändernd wirken können, sind in Zukunft EU-weit verboten. Dies betrifft rund 8 % der derzeit in Deutschland in Pflanzenschutzmitteln verwendeten Wirkstoffe. Wichtig zu wissen: Auch bisher waren wir durch diese Stoffe nicht gefährdet, da Pflanzenschutzmittel in extremer Verdünnung ausgebracht werden. Die neuen Zulassungskriterien sind eben auch politisch bedingt! Das Gesetzespaket ist für die Landwirtschaft in Deutschland akzeptabel und unter dem Gesichtspunkt des Verbraucherschutzes vernünftig. Wir haben damit in Zukunft die strengsten Regelungen der Welt!

Zugang zu EU-Dokumenten

Der Europäische Gerichtshof weist in einem Urteil darauf hin, dass sich das Recht der Öffentlichkeit auf Zugang zu Dokumenten der EU-Organen aus dem demokratischen Charakter dieser Organe ableite. Die demokratischen Organe hätten die Pflicht, die Öffentlichkeit ihrer Tätigkeit, Dokumente und Beschlüsse zu gewährleisten. Das EP forderte deshalb mehr Transparenz und einen leichteren Zugang zu den entsprechenden Dokumenten. Insbesondere verlangten wir die Öffentlichkeit aller Debatten des Ministerrates, der immer hinter verschlossenen Türen tagt. Und wünschenswert wäre auch eine bessere Information der EU-Bürgerinnen und Bürger über die Tätigkeiten aller Europaabgeordneten. Trotzdem – das wissen wir spätestens seit Konrad Adenauer - muss es natürlich die Möglichkeit geben, besonders sensible Themen entsprechend „bedeckt“ zu behandeln.

Biometrische Angaben in Pässen

Bereits am 13. Dezember 2004 hatte der EU-Ministerrat eine Verordnung über Normen für Sicherheitsmerkmale und biometrische Daten, wie z.B. Fingerabdrücke, in Pässen und Reisedokumenten angenommen. Nun soll europaweit geregelt werden, ab welchem Mindestalter Kinder Reisepässe mit biometrischen Daten bekommen sollen. Während die Europäische Kommission bereits von sechsjährigen Kindern Fingerabdrücke nehmen wollte, plädiert die Mehrheit

unseres Hauses dafür, das Mindestalter auf 12 Jahre festzusetzen. Wichtig ist uns zudem, dass der Schutz der persönlichen Daten strengstens geachtet wird. In Deutschland werden übrigens bereits biometrische Reisepässe ausgestellt.

Aktionsplan "städtische Mobilität"

Der Verkehrsausschuss des EP hatte dem neuen Verkehrskommissar eine Verzögerungstaktik unterstellt: Ein bereits für den Herbst 2008 angekündigter „Aktionsplan für die städtische Mobilität“ liegt bis jetzt nicht vor. Aber auch jetzt, während der Aussprache im Plenum, gab die Kommission keinen konkreten Zeitpunkt für die Veröffentlichung bekannt. Ich selbst bin ganz über diese Situation. Zur Erinnerung: Der vorherige Verkehrskommissar hatte vor, EU-Gesetze zur Regelung des Stadtverkehrs auf den Weg zu bringen. Nach meinem massiven Protest gegen diese Kompetenzüberschreitung, den meine CDU/CSU-Gruppe unterstützte, sprach der neue Verkehrskommissar dann nur noch von einem Aktionsplan. Legislativen Maßnahmen wird es also nicht geben, und die EU wird lediglich eine unterstützende Rolle im Bereich des städtischen Verkehrs spielen. Vor allem sollen Innovation und neue Technologien gefördert werden.

Abschließend wünsche ich Ihnen trotz des schon etwas „angeknabberten“ neuen Jahres eine gute Gesundheit, Fröhlichkeit und viel Erfolg bei Ihrem Tun! Bis zum nächsten Straßburgbrief im Februar grüßt Sie herzlich
Ihre



Dr. Renate Sommer, MdEP

Büro Herne:
Tel. 02323/918511, Fax 02323/918512
Büro Brüssel:
Tel. 0032-228-47383, Fax: 0032-228-49383
E-Mail: rsommer@europarl.eu.int
www.renate-sommer.de www.EuropaSommer.de